

Gerhard Lehmbuch und die österreichische Politikwissenschaft

Pelinka, Anton

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pelinka, A. (2003). Gerhard Lehmbuch und die österreichische Politikwissenschaft. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32(2), 213-216. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60277>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Anton Pelinka (Wien/Innsbruck)

Gerhard Lehmruch und die österreichische Politikwissenschaft

Gerhard Lehmruchs 75.Geburtstag ist der Anlass, über Lehmruchs wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Politikwissenschaft in Österreich vor mehr als dreißig Jahren zu reflektieren. Als Wissenschaftler – insbesondere im Zusammenhang mit seiner Buch „Proporzdemokratie“ – und als Kollege zählte er zu jenen Nicht-Österreichern, die eine kleine Zahl junger österreichischer Politologinnen und Politologen in den 60er Jahren inspirierte. Gerhard Lehmruch gehörte zu jenen (vor allem US-amerikanischen und deutschen) PolitologInnen, die – direkt und indirekt – der Politikwissenschaft halfen, sich in einem Land zu definieren, das den Großteil seiner Erinnerung an die besonderen österreichischen Wurzeln der modernen Sozialwissenschaften begraben hatte.

Als 1967 Gerhard Lehmruchs Studie über die „Proporzdemokratie“ der Schweiz und Österreichs erschien (Lehmruch 1967), war die österreichische Politikwissenschaft in einem embryonalen Status. An den Universitäten gab es kein systematisches Angebot des Faches, und es gab auch keine Institute, die Politikwissenschaft in dem Sinne betrieben hätten, wie es dem internationalen Verständnis entsprochen hätte. Nur außerhalb der Universitäten – am Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung in Wien – existierte eine Abteilung, die sich der in Österreich so vernachlässigten Disziplin Politikwissenschaft annahm (Sickinger 2003).

Die sozialwissenschaftlichen, zumindest potentiell auch politikwissenschaftlichen Anfänge des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts waren in Österreich verschüttet. Paul F. Lazarsfeld, Maria Jahoda und Hans Zeisel wurden nach 1945 nicht zurückgerufen und waren längere Zeit auch nach 1945 praktisch aus der österreichischen intellektuellen Geschichte gelöscht. Eric Voegelin wurde nach München berufen – und nicht an eine österreichische Universität. Adolf Sturmthal zeigte sich an einer Berufung nach Österreich interessiert, doch ein solcher Ruf erging nicht. Hans Kelsen wurde

als „Vater der österreichischen Verfassung“ kanonisiert, aber seine politikwissenschaftlichen Arbeiten – etwa die zur Demokratietheorie – wurden ebenso ignoriert wie er als Person zumindest unmittelbar nach 1945. Die Wurzeln, auf die sich eine österreichische Politikwissenschaft hätte berufen können, waren vertrocknet (Pelinka 2002; Sickinger 2003).

In dieser politikwissenschaftlichen Wüste wurde Lehmruchs „Proporzdemokratie“ von jenen hoffnungsvoll aufgenommen, die sich anschickten, das in Österreich aufzubauen, was anderswo sich längst als eine sozialwissenschaftliche Hauptdisziplin etabliert hatte. Endlich gab es ein Buch, das österreichische Politik nicht mit Berufung auf Artikel des Bundes-Verfassungsgesetzes erklären wollte, sondern mit einem Konzept, das in der weiten Welt außerhalb Österreichs sich gerade etabliert hatte – mit der „Politischen Kultur“.

Der Diskurs um die „Verhandlungsdemokratie“

Am Institut für Höhere Studien (IHS) wurde Lehmruchs theoretisch anspruchsvoller Zugang, der dem (zumindest damals) in der US-

amerikanischen Politikwissenschaft vorherrschenden zu widersprechen schien, mit Interesse aufgenommen: War doch das am IHS vermittelte Politik- und vor allem Demokratieverständnis, das von Heinz Eulau, Dwaine Marvick und anderen bestimmt worden war (Pelinka 2002), vor allem vom Konzept der Konkurrenz und des politischen Marktes geprägt. Lehnbruchs Konzept einer Verhandlungsdemokratie, die den Grundgedanken der Mehrheitsherrschaft entscheidend relativierte und – mit einer historisch komplexen Ableitung – für die Schweiz und Österreich entwickelt war, bildete eine Antithese zu der oft als zu dominant empfundenen These.

In der kleinen österreichischen *political science community* provozierte Lehnbruchs Arbeit jedenfalls eine fruchtbare Debatte. Wie sehr Lehnbruch auch von einem historischen und geopolitischen Grundverständnis bestimmt war, war den an dieser Debatte Beteiligten wohl gar nicht so klar. Jahre später unterstrich Lehnbruch nochmals, wie sehr er seine „Verhandlungsdemokratie“ („*Negotiated Democracy*“) in Verbindung mit dem Westfälischen Frieden und der aus religiöser Divergenz kommenden Kompromissneigung als eine Art eigenständiges mitteleuropäisches Modell der Demokratie verstand – wobei für Lehnbruch Mitteleuropa immer auch eine andere Konnotation als das Mitteleuropa Friedrich Naumanns hatte: Für Lehnbruch war Mitteleuropa zunächst das, was zwischen den beiden großen Nachfolgestaaten des Fränkischen Reiches lag. Mitteleuropa war Zwischeneuropa – zwischen Deutschland und Frankreich. Mitteleuropa war also zuallererst Burgund und die Niederlande – und eben auch die Schweiz (Lehnbruch 2002).

In den Gesprächen, die Lehnbruch bei seinen Österreich-Besuchen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre führte, verstand er es, den in der österreichischen politischen Alltagsdebatte so flach verstandenen Begriff des „Proporz“ mit differenzierender Qualität aufzuladen. Dass die Sozialpartnerschaft auch nach dem Ende der Großen Koalition, 1966, für eine Relativierung des – auf den ersten Blick 1966 uneingeschränkt triumphierenden – Mehrheitsprinzips sorgte; dass die Politische Kultur der Proporzdemo-

kratie sich nicht nur in der Frage der Regierungsbildung und der Vergabe von Positionen äußerte, sondern auch und insbesondere im Widerspruch zum Grundgedanken „*The Winner Takes All*“; und dass das vor allem auch in Österreich, und zwar auch nach 1966, entdeckt werden könnte: Das waren die Anregungen, die der junge Gerhard Lehnbruch der noch jüngeren österreichischen Politikwissenschaft mit auf den Weg gab.

Der Diskurs, den Lehnbruch auslöste, war für die ersten österreichischen Analysen des politischen Systems in Österreich wesentlich. Zwar hatte auch schon Fred Engelmann eine sehr anspruchsvolle Analyse der Großen Koalition in Österreich veröffentlicht, die in dem von Robert Dahl editierten Band über die Formen parlamentarischer Opposition in westlichen Demokratien erschienen war. Doch dieser Beitrag, dessen Ansatz eines „*government by diplomacy*“ sich mit dem von Lehnbruch vertretenen Ansatz einer Verhandlungsdemokratie sehr gut vereinbaren ließ, erreichte in Österreich – wohl weil er als Aufsatz in englischer Sprache in einem US-amerikanischen Buch erschienen war – nicht die Resonanz Lehnbruchs (Engelmann 1966; Engelmann 2001).

Erst die von Lehnbruch angefachte Debatte brachte hervor, was lange Zeit die Bandbreite des politikwissenschaftlichen Österreich-Diskurses bestimmen sollte: Lehnbruch (wie auch Engelmann) stand für die Vorstellung einer prinzipiellen Abweichung der politischen Kultur Österreichs vom Muster der vor allem anglo-amerikanischen Konkurrenzdemokratie – eine Position, die etwa ein Jahrzehnt später vor allem auch von Arend Lijphart übernommen und mit besonderen, weiterführenden Akzenten versehen werden sollte (Lijphart 1977). Karl-Heinz Nassmacher, der sich als zweiter deutscher Politologe nach Lehnbruch intensiv mit dem politischen System Österreichs befasste, stand für die Gegenposition – für die Vorstellung, dass die österreichischen Besonderheiten sekundärer Art seien und sich ohne weiteres, durch politische Steuerung (vor allem durch die Einführung eines mehrheitsfördernden Wahlsystems), in das Modell der Westminster-Demokratie einbringen ließen (Nassmacher 1968).

Gerhard Lehmbuch war also, noch als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Wissenschaftliche Politik an der Universität Tübingen, für die sich gerade erst entwickelnden österreichischen Politikwissenschaft eine wichtige Bezugsperson: Ein junger deutscher Politologe, der Österreich ernst nahm; und der auch die österreichische Politikwissenschaft ernst zunehmen bereit war.

Die Gründung der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft

Als am 26. und 27. September 1970 in Strobl am Wolfgangsee sich etwa zwei Dutzend ÖsterreicherInnen zur „ersten gesamtösterreichischen Politologenkonzferenz“ versammelten (Wicha 1972, 95, FN 43), hatten die Organisatoren als einzigen Nicht-Österreicher Gerhard Lehmbuch eingeladen. Er sollten den noch unsicheren ÖsterreicherInnen die Sicherheit vermitteln, die er als schon bekannter deutscher Politologe verkörperte: als Wissenschaftler; aber auch als mit dem Leben der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) Vertrauter.

Bei der Veranstaltung im September 1970 wurden die Weichen für die dann am 4. und 5. Dezember 1970 in Brunn am Gebirge erfolgende Gründung der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft gestellt (Wicha, ebd.). Lehmbuch war jedenfalls in Strobl dabei – und wirkte, als externer Berater, auch mit, als die aus Wien (vor allem aus dem IHS) und aus Salzburg (vor allem aus dem damals schon bestehenden Interfakultären Institut für Politikwissenschaft) angereisten PolitologInnen ihre „*corporate identity*“ zu definieren versuchten.

Dass in Strobl für die Vorbereitung dieser Gründung eine Gruppe beauftragt wurde, der neben den vier Organisatoren des Treffens von Strobl (Hans Heinz Fabris, Peter Gerlich, Helmut Kramer, Anton Pelinka) auch Heinz Fischer und Peter Diem angehörten, veranlasste Gerhard Lehmbuch noch in Strobl zu einem kleinen spontanen Analyse über die Überlebensfähigkeit des österreichischen Gleichgewichtsdenkens in der Ära der Alleinregierungen. Lehmbuch hatte

sofort erkannt, was den anwesenden ÖsterreicherInnen so selbstverständlich war, dass sie darüber nicht zu reflektieren in der Lage waren: Fischer sollte die Kontakte zur SPÖ, Peter Diem die zur ÖVP sicherstellen; und jeder der beiden sollte auch verhindern, dass die in Gründung befindliche ÖGPW der politischen „Einseitigkeit“ hätte geziehen werden können.

Dass auch eine sich als rebellisch und innovativ verstehende Gruppe junger PolitologInnen, die nach ihrem Selbstverständnis angetreten waren, den herrschenden Wissenschaftsbetrieb herauszufordern, mit der größten Selbstverständlichkeit sich wie Routiniers der etablierten Politischen Kultur der Nachkriegszeit verhält – das hat Gerhard Lehmbuch mit feiner Ironie bemerkt und vermerkt; und das hat der jungen und kleinen Politikwissenschaftsgemeinde in Österreich zu denken gegeben.

Interesse an Österreich – Österreichisches Interesse

Lehmbuchs Karriere – Professuren zunächst in Tübingen und schließlich in Konstanz, internationaler Ruf vor allem im Zusammenhang mit der primär mit den Namen Philippe Schmitter und Gerhard Lehmbuch verbundenen Korporatismus-Debatte der späten 70er und frühen 80er Jahre (Schmitter/Lehmbuch 1979; Lehmbuch/Schmitter 1982) – hat ihn scheinbar von Österreich weggeführt. Er wurde, in der weiten Welt der Politikwissenschaft, immer mehr zu einem der führenden Experten für Deutschland: Deutscher Föderalismus (Lehmbuch 1976) und deutsche Vereinigung (Lehmbuch/ Czada 1999) sind zwei der Forschungsfelder, die von ihm besonders nachdrücklich geprägt wurden.

In den verschiedenen Begegnungen bei internationalen Konferenzen und Kongressen machte ein Gespräch mit Lehmbuch immer rasch deutlich, dass er die Österreich-Bezüge seiner politikwissenschaftlichen Anfänge aber nicht einfach abgehakt hatte; auch, dass er sich seiner zumindest indirekten Hilfestellung bei den ersten Schritten einer eigenständigen österreichischen Politikwissenschaft wohl bewusst war. Aber seine Forschungsschwerpunkte hat-

ten sich von Österreich wegbewegt – er hatte sich von Österreich emanzipiert, ohne dieses sein frühes Forschungsfeld völlig abgelegt zu haben.

Ein Beispiel dafür, dass Lehnbruch sich trotz seiner Entfernung vom Forschungsobjekt Österreich nicht von Österreich abgekapselt hatte, sind die Anregungen, die er seinen Studentinnen und Studenten gab – einige wurden durch ihn auf Österreich verweisen, einige politikwissenschaftliche Arbeiten wurden durch ihn beeinflusst. Dazu zählt zum Beispiel die Arbeit Margarete Mommsen-Reindls über die Habsburg-Krise der Großen Koalition (Mommsen-Reindl 1976).

Nach der Generation von Friedrich und Franke und Eschenburg und Bergsträsser und Flechtheim und Hennis hat Gerhard Lehnbruch, in diesem Sinne Teil der zweiten Generation der deutschen Politikwissenschaft, bei deren Weiterentwicklung wesentlichen Anteil. Dass er auch Anteil daran hat, dass eine erste Generation der österreichischen Politikwissenschaft dieses Fach etablieren konnte, daran soll hier erinnert werden.

Überdies: So ganz hat Gerhard Lehnbruch Österreich nie aus seiner politikwissenschaftlichen Aufmerksamkeit entlassen. Gerade seine Arbeiten über den Korporatismus zeigen, wie sehr das österreichische Beispiel – die Sozialpartnerschaft – ihm aus der Zeit seiner Befassung mit der „Proporzdemokratie“ vertraut geblieben ist. Und persönliche Begegnungen machen deutlich, dass Lehnbruch sich auch sonst für Österreich interessiert – für die österreichische Politik, mit der dafür notwendige kritische Distanz; für die österreichische Politikwissenschaft, mit einer dabei erkennbaren Grundsympathie. Es ist wohl auch die Grundsympathie dessen, der einmal behilflich war – als sich die österreichische Politikwissenschaft zu definieren begann.

LITERATURVERZEICHNIS

Engelmann, Frederick C. (1966). Austria: The Pooling of Opposition, in: Robert A. Dahl (ed.): Political

Oppositions in Western Democracies, New Haven, 260–283.

Engelmann, Frederick C. (2001). Government by Diplomacy. The Austrian Coalition 1945–1966, Wien.

Lehnbruch, Gerhard (1967). Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen.

Lehnbruch, Gerhard (1976). Parteienwettbewerb im Bundesstaat, Stuttgart, 2. und 3. Auflagen 1998 und 2000, Opladen.

Lehnbruch, Gerhard (2002). Quasi-consociationalism in German Politics. Negotiated Democracy and the Legacy of the Westphalian Peace, in: Acta Politica, International Journal of Political Science, Special Issue: Consociationalism and Corporatism in Western Europe, ed. Jürg Steiner and Thomas Ertman, Amsterdam.

Lehnbruch, Gerhard/Roland Czada (Hg.) (1999). Transformationspfade in Ostdeutschland: Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt/Main.

Lehnbruch, Gerhard/Philippe Schmitter (eds.) (1982). Patterns of Corporatist Policy-Making, London.

Lijphart, Arend (1977). Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration, New Haven.

Mommsen-Reindl, Margarete (1976). Die Österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien.

Nassmacher, Karl-Heinz (1968). Das österreichische Regierungssystem. Große Koalition oder alternierende Regierung? Köln und Opladen.

Pelinka, Anton (2002). The US-American Impact on Austria's Political Science, Vortrag, Center Austria, University of New Orleans, Mai 2002, Veröffentlichung in Vorbereitung in „Contemporary Austrian Studies“, vol. XII (ed. Günter Bischof, Anton Pelinka), New Brunswick, NJ.

Schmitter, Philippe/Gerhard Lehnbruch (eds.) (1979). Trends Toward Corporatist Intermediation, London.

Sickingler, Hubert (2003). Die Geschichte der Politikwissenschaft in Wien. Studie, gefördert durch die Stadt Wien (MA 7). Manuskript.

Wicha, Barbara (1972). Politikwissenschaft in Österreich, in: ÖZP 72/1, 89–96.

AUTOR

Anton PELINKA, Professor für Politikwissenschaft and der Universität Innsbruck, Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung Wien.

Adresse. Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck, Universitätsstrasse 15, A-6020 Innsbruck, anton.pelinka@uibk.ac.at.